



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DER KLEINE GRENZVERKEHR MIT DER OBLAST KALININGRAD

- **ANALYSE**
Kleiner Verkehr mit großem Potential. Der Kleine Grenzverkehr zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad 2
Łukasz Wenerski, Warschau
- **KARTE**
Der Kleine Grenzverkehr zwischen ausgewählten Kreisen der Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren und der Oblast Kaliningrad 8

- **CHRONIK**
9. Dezember 2014 – 19. Januar 2015 9

Kleiner Verkehr mit großem Potential. Der Kleine Grenzverkehr zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad

Łukasz Wenerski, Warschau

Zusammenfassung

Der Kleine Grenzverkehr zwischen Polen und Russland erlaubt den Einwohnern der Oblast Kaliningrad und einiger Kreise der Woiwodschaften Ermland-Masuren und Pommern, ohne Visum in diejenigen Zonen im Nachbarstaat zu reisen, die von dem Vertrag erfasst werden. Die Möglichkeit, Reisen ins andere Land auf der Grundlage der Einreiseerlaubnis des Kleinen Grenzverkehrs zu unternehmen, wird von Russen wie auch Polen gern wahrgenommen, wenn sich auch die Gründe für diese Fahrten bei beiden Gruppen deutlich unterscheiden. Analysiert man den Kleinen Grenzverkehr, haben zwei Aspekte Schlüsselbedeutung. Erstens sind es die Reisemotivationen der Einwohner der Kaliningrader Oblast und der Polen. Zweitens muss angesichts der aktuellen Lage untersucht werden, welchen Einfluss die aktuelle Politik Russlands auf der internationalen Bühne und die damit einhergehende Abkühlung der Beziehungen zwischen Warschau und Moskau auf den Kleinen Grenzverkehr haben.

Der Vertrag über den Kleinen Grenzverkehr zwischen der Republik Polen und der Russischen Föderation, der im Juli 2012 in Kraft trat, erlaubt den Einwohnern einiger Kreise der Woiwodschaften Ermland-Masuren (*województwo warmińsko-mazurskie*) und Pommern (*woj. pomorskie*) sowie den Einwohnern der Oblast Kaliningrad, ohne Visum in diejenigen Zonen im Nachbarstaat zu reisen, die von dem Vertrag erfasst werden. Ausreichend ist ein Dokument, das die Erlaubnis zur Teilnahme am Kleinen Grenzverkehr erteilt und das die Einwohner der betreffenden Gebiete beantragen können. Diese Erlaubnis befugt zum Grenzübertritt ins Nachbarland und zum Aufenthalt in der dortigen Grenzzone bis zu 30 Tagen ab dem Tag der Einreise. Der Aufenthalt darf insgesamt allerdings nicht mehr als 90 Tage innerhalb von sechs Monaten betragen, gezählt vom ersten Tag der Einreise. Die erste Erlaubnis wird für zwei Jahre erteilt, jede weitere für fünf Jahre.

Der Vertrag über den Kleinen Grenzverkehr zwischen Polen und Russland ist ein untypischer Vertrag, denn er geht in seinen Grundlagen über den Standard der zugrunde liegenden Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 1931/2006 hinaus, die das Funktionieren eines Kleinen Grenzverkehrs regelt. Beschlossen wurde eine günstigere Lösung als die bisherigen Verträge dieses Typs, was erlaubte, ein deutlich größeres Territorium in den Kleinen Grenzverkehr einzubeziehen. Im genannten EU-Dokument wird als Grenzzone ein Gebiet bestimmt, das nicht mehr als 30 Kilometer, in bestimmten Fällen nicht mehr als 50 Kilometer, von der Grenze entfernt ist. Dagegen überschreiten die Gebiete des Kleinen Grenzverkehrs sowohl auf der polnischen als auch der russischen Seite diese Distanz. Allein die Oblast Kaliningrad ist insgesamt 205

Kilometer lang und 108 Kilometer breit, also deutlich größer als in der Verordnung 1931/2006 vorgesehen.

Die Vereinbarung eines Kleinen Grenzverkehrs und sein Inkrafttreten waren eines der Ereignisse, die bestätigten, dass trotz der schwierigen Nachbarschaft und der vielen Probleme in den Beziehungen zwischen Polen und Russland beide Länder seit Beginn der 1990er Jahre zu Aktivitäten in der Lage sind, die die Entwicklung von Zusammenarbeit ermöglichen. Schlüsselbedeutung für die Konzeptionierung des Kleinen Grenzverkehrs hatten die Diskussionen während der Treffen der Außenminister Polens, Russlands und Deutschlands im Format des »Kaliningrader Dreiecks«. Das erste Treffen der drei Chefdiplomaten fand im Jahr 2011 statt; dort wurde über die Entscheidung verhandelt, einen Kleinen Grenzverkehr zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad einzuführen.

Leider haben sich seitdem die Beziehungen zwischen Russland und Polen deutlich verschlechtert, was offenkundig von der aktuellen Politik der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine beeinflusst wird. Die gegenwärtige politische Lage ist auch für das Funktionieren des Kleinen Grenzverkehrs von Bedeutung. Nach über zwei Jahren des Inkrafttretens des Kleinen Grenzverkehrs lassen sich zwei Phasen dieser Initiative erkennen. Die erste begann im Juli 2012, als der erste Ausweis für den Kleinen Grenzverkehr ausgegeben wurde, und dauerte bis März 2014, als Russland sich zur Annexion der Krim entschloss. In dieser Zeit erlangte der Kleine Grenzverkehr Popularität beiderseits der Grenze. In den Beziehungen Polens zu Russland insgesamt ist der Kleine Grenzverkehr ein wichtiges, aber nicht das einzige Element zur Verbesserung des Verhältnisses zum östlichen Nachbarn. Seit März 2014 bis heute lässt sich von der zweiten Phase sprechen, in der die aktuelle Situation

zwischen dem offiziellen Warschau und dem offiziellen Moskau seinen negativen Stempel auch den polnisch-russischen Grenzbeziehungen aufdrückt. Der Kleine Grenzverkehr ist dabei eines der letzten Instrumente, das ein Funktionieren der beiderseitigen Zusammenarbeit immer noch ermöglicht.

Ziele: Einkäufe und Tourismus in Polen

Erwartungsgemäß wurde der Verkehr an der polnisch-russischen Grenze durch die Einführung des Kleinen Grenzverkehrs im Juli 2012 sehr belebt und wurden die Ziele der Fahrten ins Nachbarland rasch deutlich. Die Russen kommen vor allem wegen günstigerer und häufig qualitativ besserer Lebensmittel nach Polen, sie nutzen polnische Dienstleistungen (Friseure, Autowerkstätten) und zunehmend wählen sie Polen auch als touristisches Reiseziel für ein (verlängertes) Wochenende.

Für viele war die so motivierte Präsenz der Russen in Polen zunächst eine gewisse Überraschung. Noch vor einigen Jahren fuhren die Einwohner der Oblast Kaliningrad nach Polen, um auf den in Grenznähe gelegenen Basaren ihre Produkte zu verkaufen. Nach dem Inkrafttreten des Kleinen Grenzverkehrs fand eine Umkehrung der Rollen statt. Die Russen kommen nach Polen mit größeren Mengen Bargelds und mit dem Ziel, es dort auszugeben.

Die Russen, die aus der Oblast Kaliningrad nach Polen reisen, lassen sich generell in zwei Gruppen einteilen. Die einen leben im Grenzstreifen und fahren in die nächstgelegenen polnischen Städte wie Braniewo (Braunsberg) und Bartoszyce (Bartenstein). Dort tauchen meistens Russen auf, deren einziges Ziel ist, so schnell wie möglich Einkäufe zu erledigen, mit möglichst geringem finanziellem Aufwand. Sie kaufen vorwiegend Lebensmittel, Schulartikel und ähnliches. Die Nachfrage nach polnischen Produkten ist so groß, dass in der Grenzregion in den Jahren 2012 bis 2014 massenhaft neue Geschäfte eröffneten. Die Ladenangestellten unterstrichen damals, dass die Mehrheit der Kunden Russen wären und sie deutlich mehr Geld als die Polen ausgaben.

Die zweite Gruppe der Russen, die nach Polen im Rahmen des Kleinen Grenzverkehrs fahren, sind vor allem Einwohner Kaliningrads, wobei sich ihre Reisen nicht nur auf die nächstgelegenen Lebensmittelgeschäfte auf polnischer Seite beschränken. Sie tätigen ihre Einkäufe in den größten Handelszentren, die in den Woiwodschaften Ermland-Masuren und Pommern zu finden sind. Dabei erfreut sich die Woiwodschaft Pommern mit ihren großen und populären Einkaufsmöglichkeiten in der »Dreistadt« Gdańsk-Sopot-Gdynia (Danzig-Zoppot-Gdingen) größerer Beliebtheit. Die Russen fahren auch nach Olsztyn (Allenstein), aber dort sind es deutlich weniger als in Danzig.

Außer für Einkaufsfahrten wählen viele Russen aus der Oblast Kaliningrad die polnischen Städte innerhalb des Kleinen Grenzverkehrs als touristische Ziele. Um russische Touristen anzuziehen, werden verschiedene Initiativen von Tourismusorganisationen in Zusammenarbeit mit Vertretern der Branche wie zum Beispiel Hotels oder Restaurants unternommen, häufig in Kooperation mit einer professionellen Werbeagentur. Dies sind zum einen Produkt- und Imagekampagnen wie die Vermarktung von stadtspezifischen Geschäften, Restaurants oder Hotels in Polen, die in der Oblast Kaliningrad zu so wichtigen Anlässen wie zum Jahreswechsel, zum Frauentag oder als Maiausflüge initiiert werden. Um einen möglichst großen Effekt zu erzielen, werden die Werbekampagnen im Kaliningrader Radio und Fernsehen geschaltet und auf russischsprachigen Internetportalen, deren Zielgruppe die Einwohner der Oblast sind, sowie, etwas seltener, in der Presse. Zum anderen wird mit Happenings in der Stadt Kaliningrad für die polnische Region geworben. Beispielsweise wurde auf dem zentralen Platz in Kaliningrad ein »Fernrohr« installiert, mit dem Informationen und Werbung über die Woiwodschaft Pommern und ihre interessantesten Orte vermittelt wurden. Diese Aktion begeisterte nicht nur die Massen, sondern auch die lokalen Medien. Die dritte Maßnahme, Touristen aus Russland nach Polen zu führen, sind die Tourismusmessen. Dies ist sicher die typischste Form in dieser Branche, Klienten zu werben.

Benzin, Alkohol und Zigaretten in der Oblast Kaliningrad

Während Russen vor allem nach Polen fahren, um einzukaufen und polnische Dienstleister in Anspruch zu nehmen, wozu auch die Tourismusbranche gehört, sind die Ziele der Polen für Fahrten in die Oblast Kaliningrad ganz andere. Die Einwohner der polnischen Zone des Kleinen Grenzverkehrs fahren in die Oblast, um Benzin zu kaufen, das dort deutlich billiger ist als in Polen. Mancher kauft auch Alkohol und Zigaretten. Wie die Statistiken zeigen, sind über 80 Prozent der Ausgaben, die Polen in der Oblast Kaliningrad tätigen, für den Kauf von Benzin bestimmt.

Die Benzinkäufe der Polen weckten von Beginn des Inkrafttretens des Vertrags über den Kleinen Grenzverkehr ernstzunehmende Kontroversen vor allem auf polnischer Seite. Unter anderem unter den Vertretern der Zollbehörde traten Zweifel über den Verbleib des nach Polen eingeführten Benzins auf. Vorwürfe wurden laut, dass das Benzin nicht für den Eigenbedarf bestimmt sei, sondern über die Grenze gebracht werde, um es anschließend illegal weiterzuverkaufen. Diese Vorwürfe waren in vielen Fällen berechtigt, zumal das Prozedere des Benzintransports folgendermaßen aussah: Tägliche

Einreise in die Oblast Kaliningrad mit einem Auto, das einen großen und fast leeren Tank hat, Fahrt zur nächsten oder einer der nächsten Tankstellen, Rückkehr mit mehr als 100 Liter Benzin im Tank und in Kanistern. Insgesamt konnten auf diese Art und Weise mehrere Tausend Liter Benzin im Monat nach Polen gebracht und dort verkauft werden.

Nach Ansicht der Vertreter der polnischen Zollbehörde war das Problem des illegalen Benzinverkaufs so schwerwiegend, dass im Mai 2013, ein knappes Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags über den Kleinen Grenzverkehr, eine erste Verschärfung hinsichtlich der Grenzübertritte (maximal zehn Mal pro Monat) eingeführt wurde. Im Juni 2014 wurde diese Beschränkung abermals verschärft (vier Mal im Monat, andernfalls wird auf das eingeführte Benzin Zoll erhoben). Diese Maßnahmen stießen auf große gesellschaftliche Unzufriedenheit in der Region, nicht nur bei den gewöhnlichen Bürgern, sondern auch bei Politikern. Manche argumentierten, dass die neuen Vorschriften nicht mit dem Vertrag über den Kleinen Grenzverkehr übereinstimmen würden und zur Folge hätten, dass viele Reisende wie potentielle Straftäter behandelt werden, auch wenn sie keine sind. Andere Kommentatoren wiesen geradeheraus darauf hin, dass das Verbot die Einwohner einer Region trifft, die sich seit Jahren mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, eine der höchsten Quoten in Polen, beschäftigen muss, und dass der Benzinhandel für viele Menschen die einzige mögliche Einnahmequelle war.

Noch kaum Tourismus nach Kaliningrad

Die offiziellen Vertreter und die Einwohner der Oblast Kaliningrad sind sich dessen bewusst, dass die Einwohner der polnischen Regionen des Kleinen Grenzverkehrs gegenwärtig vor allem zum Benzinkauf in die Oblast kommen, weitere Einkäufe tätigen sie allenfalls an der Tankstelle. Allseits verbreitet ist allerdings die Meinung, dass die Zeit gekommen sei, diese Situation zu ändern. Nun will man dahingehend aktiv werden, dass die Polen für mehr als drei Stunden nach Kaliningrad kommen – so lange dauert nach Meinung eines Experten der durchschnittliche Aufenthalt eines Einwohners von Bartenstein oder Allenstein in der Exklave. Die Vertreter der regionalen Behörden sind überzeugt, dass nach polnischem Muster auch Kaliningrad als interessantes touristisches Ziel beworben werden kann. Hier stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber. Offenbar überwiegt aktuell das Konzept, das touristische Potential Kaliningrads aus der Vorkriegsgeschichte der Stadt zu schöpfen, das bedeutet eine Rückkehr in die Zeit, als Kaliningrad noch Königsberg hieß und als Hauptstadt Ostpreußens Teil des deutschen Staates war. Nach der Phase der Isolation in der Zeit der Sowjetunion, als es nicht einmal

erlaubt war, an die Geschichte der Stadt vor dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern, wächst seit 1991 unter den Einwohnern das Interesse an der Vergangenheit Kaliningrads. Dies manifestiert sich unter anderem an der verbreiteten Nennung des deutschen Stadtnamens zur Bezeichnung verschiedener Objekte oder Institutionen, so »KenigAuto« als Name für eine Transportfirma. Weiter zeigt es sich an der Allgegenwart von Publikationen über die Geschichte und Topographie Kaliningrads/Königsbergs sowie von alten Stadtansichten, die beispielsweise in Hotels aufgehängt werden. Mit Stolz und Ehrerbietung wird auch Immanuel Kants, des deutschen Philosophen der Epoche der Aufklärung, gedacht, der in Königsberg geboren wurde und sein ganzes Leben dort verbrachte.

Nach der Epoche des Verschweigens der Geschichte der Vorkriegszeit treten aber jetzt auch Stimmen auf, dass die Werbung für Kaliningrad als touristisches Ziel in eine andere Richtung gehen und das Erbe der sowjetischen Kultur nutzen sollte. Eine Gestaltung der Marke Kaliningrad als »neue sowjetische Stadt« könnte mehr Touristen anziehen als die Berufung auf die deutsche Vergangenheit. Jene Akzentuierung könnte zusätzlich attraktiv sein, da Kaliningrad zur Zeit der Sowjetunion eine abgeschlossene und stark militarisierte Zone war, mit beschränktem Zugang nicht nur für Ausländer, sondern auch für die Russen. Ausgehend von der sowjetischen Vergangenheit, ließe sich so ein spannendes Angebot für an unkonventionellen Reisen Interessierte entwickeln.

Trotz der Versicherungen der lokalen Behörden, dass die Arbeiten an der Entwicklung der »Marke Kaliningrad« laufen, und zwar auch in recht enger Zusammenarbeit mit der polnischen Seite, zweifeln viele daran, ob es überhaupt möglich sei, Touristen aus Polen zu gewinnen. Dieser Pessimismus angesichts des touristischen Potentials Kaliningrads stützt sich auf einige Argumente. Das grundlegende Problem ist, dass eine entsprechende Infrastruktur für Touristen fehlt. Hier geht es sowohl um den öffentlichen Nahverkehr mit seinen alten und defekten Bussen und Straßenbahnen, den fehlenden Fahrplänen und dem Problem, Quittungen für Taxifahrten zu bekommen, als auch um das Hotelgewerbe. Im Vergleich zum polnischen Angebot sind viele Hotels in Kaliningrad teurer oder zumindest gleich teuer, aber dafür von viel schlechterer Qualität. Des Weiteren mangelt es an einem professionellen Einsatz der Werbung vonseiten der Kaliningrader Werbebranche. Während die Polen sehr wirksame Werbestrategien nicht nur an die Russen, die schon in Polen sind, richten, sondern auch mit Hilfe von Fernsehen, Radio, Internetportalen und Plakatwerbung an die Einwohner der Oblast Kaliningrad, sind russische Aktivitäten die-

ser Art fast nicht zu bemerken. Ein wichtiges Problem hierbei ist, dass vielen Vertretern der Tourismusbranche ein langfristiges Denken fehlt; vielmehr haben sie sich von Anfang an auf große Gewinne in kurzer Zeit eingestellt, was einen überproportionalen Preisanstieg für Dienstleistungen in der Tourismusbranche zur Folge hatte. Diese Einstellung mag mit der Ungewissheit im Geschäftssektor in Russland zu tun haben, die nahelegt, so schnell wie möglich zu verdienen, weil »man nie weiß, was morgen passieren kann«.

Kaliningrad im Schatten der Krim

Angesichts des russisch-ukrainischen Konfliktes stehen sich Warschau und Moskau in gegnerischen Lagern gegenüber. Polen unterstützt die territoriale Integrität der Ukraine und erkennt die Annexion der Krim nicht an. Die polnische Regierung kritisiert entschieden die Aktivitäten Russlands gegenüber dem ukrainischen Staat und verurteilt das Engagement Russlands in dem Konflikt, der in der Ostukraine ausgetragen wird. Die Ereignisse der letzten Monate zeigten, dass Probleme auf internationaler Ebene einen wesentlichen Einfluss auch auf andere Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Polen und Russland haben und somit auch auf die Situation in der Region, für die der Kleine Grenzverkehr gilt: Hier sind sowohl die gesellschaftliche Situation, die zwischenmenschlichen Kontakte, als auch die wirtschaftliche Lage der Region des Kleinen Grenzverkehrs betroffen.

Die gegenseitige Wahrnehmung der Polen und Russen

Noch bevor der Kleine Grenzverkehr in Kraft trat, hatten sich unterschiedliche Meinungen über den Einfluss desselben auf den Alltag der Einwohner Pommerns und Ermland-Masurens herausgebildet. Viele befürchteten, dass die Einführung des Kleinen Grenzverkehrs zu einem Anstieg von Straftaten führen würde, zu verstärktem Schmuggel und sogar Präsenz der russischen Mafia in Polen. Solche Ängste hatten sowohl gewöhnliche Bürger, die mit dem Thema des Kleinen Grenzverkehrs nicht näher vertraut waren, als auch die Angestellten der lokalen Behörden und Politiker. Es hat sich jedoch gezeigt, dass diese Befürchtungen nicht von der Realität bestätigt wurden.

Die Anwesenheit von Russen wurde in vielen Städten und Orten der Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren zu einer Selbstverständlichkeit und gewöhnlich waren die Beziehungen der Polen zu den Russen und der Russen zu den Polen positiv. Sowohl die Russen als auch die Polen urteilten in der großen Mehrheit der Fälle, dass sie von der anderen Seite keinerlei Unannehmlichkeiten erfahren hätten, im Gegenteil habe gegenseitiges Wohlwollen geherrscht. Die ange-

spannte Situation im Zusammenhang mit der Krim und ihre spätere Annexion sowie die scharfe Reaktion Polens angesichts der russischen Aktivitäten verursachten allerdings, dass unter den Einwohnern der Region des Kleinen Grenzverkehrs Unsicherheit auftrat, wie sich diese Initiative weiterentwickeln und auf welche Weise sich die aktuelle politische Situation auf die Beziehungen zwischen Polen und Russen in der Region auswirken würde. Die Atmosphäre auf russischer Seite wurde durch mehrere Artikel angeheizt, in denen mehr oder minder brutale Angriffe auf Russen beschrieben wurden – zerkratzte und bespuckte Autos, eingeschlagene Scheiben oder sogar ein Schuss aus einem Luftgewehr auf ein Fahrzeug. Später stellte sich heraus, dass ein Teil der Ereignisse tatsächlich geschehen war, aber es gab keine Beweise, dass es sich um einen plötzlichen Ausdruck von Abneigung gegenüber den Russen gehandelt hat und nicht um irgendwelche Zufälle. Andere Geschichten waren vollständig ausgedacht.

Einige Symptome von Unsicherheit, was die Zukunft des Kleinen Grenzverkehrs betrifft, kann man auch in Polen beobachten. Einerseits wurden Versuche sichtbar, mit lokalen Instrumenten Einspruch gegen das Vorgehen der russischen Machthaber zu erheben. Beispielsweise wurde im Zusammenhang mit einer Erklärung der Pommerschen Regionalen Tourismusorganisation im März 2014 aus Anlass der politischen Situation eine Werbe- und Informationskampagne in der Oblast Kaliningrad zum Frauentag (8. März) abgesagt. Dies stieß auf breite Kritik; viele Menschen unterstrichen, dass politische Probleme keinen negativen Einfluss auf die Beziehungen zwischen gewöhnlichen Menschen haben sollten. Die Pommersche Regionale Tourismusorganisation distanzierte sich daraufhin rasch von ihrer Erklärung. Andererseits informierten manche regionalen Internetportale darüber, dass auch unter den Polen Ängste in Hinblick auf Reisen nach Kaliningrad auftraten. Das Internetportal Elblag.net zitierte einen Gesprächspartner folgendermaßen: »Wir haben Bekannte in Kaliningrad. Wir besuchen sie häufig, zwei, drei Mal im Monat. Ich tanke dort günstigeres Benzin und kaufe Zigaretten. Wir kennen uns schon zig Jahre, von gemeinsamen Segeltörns auf dem Frischen Haff. Das letzte Mal war ich dort in der vergangenen Woche. Meine Bekannten warnten mich, dass ich auf der Straße nicht zu erkennen geben sollte, dass ich Pole bin. Die Mehrheit der Russen ist uns gegenüber positiv eingestellt. Aber in Kaliningrad gibt es auch viele Menschen mit nationalistischer Haltung. Vor denen sollten wir uns in Acht nehmen.«

Der März 2014 war ein Monat, in dem besonders intensiv über die Zukunft des Kleinen Grenzverkehrs diskutiert wurde. Die russische Seite reagierte stärker als Polen – die »schwarze Berichterstattung« über die

Behandlung der Einwohner der Oblast Kaliningrad in Polen im Zusammenhang mit dem Verfall des Rubelkurses im Vergleich zu Euro und Dollar bewirkten, dass sich die Zahl der Russen, die nach Polen fuhren, verringerte. Beispielsweise überschritten im Januar 2014 62.000 Russen die Grenze am Übergang in Grzechotki, in der Zeit vom 1. bis zum 21. März 2014 dagegen nur knapp 15.000. In den Folgemonaten normalisierte sich die Situation wieder; die Artikel über attackierte Russen verschwanden aus der Presse und die Aktivitäten auf beiden Seiten gingen deutlich in die Richtung, politische Ansichten von anderen Lebensbereichen zu trennen. Einen solchen Versuch unternahm unter anderen der damalige Ministerpräsident Donald Tusk während seines Besuchs in Bartenstein im April 2014. Bei einem Treffen mit Einwohnern der Stadt stellte er fest, dass »wir sehr präzise das, was zwischen gewöhnlichen Menschen geschieht, die die Orte auf beiden Seiten der Grenze in touristischer Absicht oder zu geschäftlichen Zwecken besuchen wollen, von dem unterscheiden, was der Hintergrund und die Ursache für diese ernste Krise ist«. Er fügte hinzu, dass »man [den nach Polen kommenden Russen] zeigen muss, dass die Beziehungen zwischen den Menschen, den Händlern, den Unternehmern überhaupt nicht von diesem Erdbeben tangiert werden müssen, nur weil jemand einen imperialen Einfall hatte.«

Nach anfänglichen Spannungen verringerte sich der Einfluss der negativen Beziehungen auf der internationalen Ebene auf den Bereich der gewöhnlichen Menschen deutlich. Ein großes Verdienst daran hatten nicht zuletzt die Vertreter der lokalen Behörden der Gebiete des Kleinen Grenzverkehrs, die unentwegt die positiven Erfahrungen mit demselben unterstrichen und auf diese Weise bemüht waren, die Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit von den offiziellen Beziehungen zwischen Warschau und Moskau abzukoppeln. Ähnlich gingen die regionalen Unternehmer vor. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass trotz der Versuche, einer drastischen Abkühlung entgegenzuwirken, die Beziehungen und die Atmosphäre zwischen den Einwohnern der Region nicht mehr so gut sind wie noch im Jahr 2013.

Wirtschaftliche Beziehungen

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation in der Russischen Föderation bleibt nicht folgenlos für das Funktionieren der Oblast Kaliningrad und beeinflusst entsprechend auch den Wohlstand ihrer Einwohner und deren Bereitschaft, Geld auszugeben, unter anderem in Polen. Von Beginn des Inkrafttretens des Kleinen Grenzverkehrs bis Anfang 2014 war der Besuch eines Durchschnittsbürgers der Oblast Kaliningrad in Polen vorhersagbar. Ein fester Punkt waren die Einkäufe von Lebensmitteln, Haushaltswaren und Radio- und Fern-

sehgeräten. Die Einkaufswagen der Russen waren immer gefüllt, mit Waren im Wert von einigen Hundert Zloty, nicht selten bis an die 1.000 Zloty. Im Laufe des Jahres 2014 wurde die Lage jedoch zunehmend komplizierter, worauf zwei wirtschaftliche Faktoren Einfluss hatten: der Verfall des Rubelkurses gegenüber den europäischen Währungen (unter anderen dem Dollar, dem Euro und dem Zloty) und die Sanktionen, die von Russland als Importverbot für ausgewählte Produkte und Waren aus der lebensmittelproduzierenden Industrie der EU-Staaten, der USA, Kanadas, Australiens und Norwegens verhängt wurden.

Der erste Niedergang des Rubelkurses fand im März in der Zeit der Annexion der Krim und der damit einhergehenden steigenden Spannungen an der polnisch-russischen Grenze statt. Dies bewirkte einen Rückgang des Grenzverkehrs. Im August 2014 führte Russland seine Sanktionen gegenüber polnischen Agrarprodukten und Lebensmitteln ein. Da die Oblast Kaliningrad vom Import vieler Produkte aus dem Ausland, darunter aus Polen, abhängig ist (zum Beispiel stammten vor der Verhängung der Sanktionen 70 Prozent des Angebots an Äpfeln aus Polen), verursachte diese Initiative Moskaus, dass die Oblast nicht nur die Möglichkeit verlor, Agrarprodukte und Lebensmittel für den eigenen Bedarf einzuführen, sondern auch, diese weiterzuverarbeiten und später gewinnbringend in die übrigen Teile Russlands zu verkaufen. Als Reaktion auf die Probleme mit dem Nachschub sowie dem Preisanstieg in den Kaliningrader Geschäften vergrößerte sich wiederum die Nachfrage nach in Polen gekauften Produkten.

Aktuell haben wir es mit einer weiteren Phase wirtschaftlicher Wirren in der Oblast Kaliningrad zu tun. Der erhebliche Kursverfall des Rubel im Vergleich zu anderen Währungen, insbesondere sichtbar in den Monaten November und Dezember 2014, hat zur Folge, dass die Waren nicht nur in der Oblast selbst teurer wurden, sondern dass auch die Kaufkraft dieser Währung im Ausland deutlich sank. Dementsprechend machen sich für die Einwohner der Oblast Kaliningrad Einkäufe in Polen zurzeit deutlich weniger bezahlt. Die wirtschaftliche Logik ist in diesem Fall einfach und rücksichtslos – je schwächer die Position des Rubel gegenüber der polnischen Währung, desto weniger Russen aus der Oblast werden nach Polen zum Einkaufen fahren.

Das Potential des kleinsten gemeinsamen Nenners

Im Januar 2015 besteht der Vertrag des Kleinen Grenzverkehrs bereits zweieinhalb Jahre und erlaubt den Einwohnern der betreffenden Gebiete, ohne Visum ins Nachbarland zu fahren. Die sich in den Jahren 2012 und 2013 gut entwickelnde grenznahe Zusammenar-

beit ging damit einher, dass die Russen häufige Gäste in Danzig, Bartenstein und anderen polnischen Städten auf dem Territorium des Kleinen Grenzverkehrs waren. Allerdings hatte die Abkühlung der Beziehungen zwischen Polen und Russland im Jahr 2014 zur Folge, dass die Initiative des Kleinen Grenzverkehrs auf eine harte Probe gestellt wurde. Nach der Annexion der Krim begannen Kommentare über Aggressionen vonseiten der Polen gegenüber den Russen aufzutauchen, was zu einer deutlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen den Einwohnern der Region führte. Es gelang, die Spannungen einzudämmen, aber die Atmosphäre in den beiderseitigen Beziehungen ist nicht mehr so gut, wie sie noch im Jahr 2013 war. Aufgrund der fatalen wirtschaftlichen Lage der Russischen Föderation gestaltet sich die Situation zusätzlich schwierig. Wegen der großen Schwächung des Rubel gegenüber anderen Währungen, unter anderem dem Zloty, werden Einkäufe in Polen viel kostspieliger, was dazu führt, dass ein Teil der potentiellen Käufer auf sie verzichten muss.

Trotz der zahlreichen Probleme weist der Kleine Grenzverkehr immer noch ein großes Entwicklungspotential auf, wovon die nach wie vor steigende Zahl der Grenzübertritte zeugt. Im Jahr 2012 passierten fast 4,1 Millionen Personen die Grenze zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad. Im Folgejahr waren es schon fast 6,2 Millionen und im Jahr 2014 über 6,5 Millio-

nen. Die Ausweise, die zum Grenzübertritt ohne Visum berechtigen, sind äußerst populär. In den zweieinhalb Jahren des Kleinen Grenzverkehrs überstieg die Anzahl der ausgegebenen Ausweise für Russen 250.000 – fast ein Viertel der Einwohner der Oblast Kaliningrad besitzt also ein solches Dokument. Allerdings ist es für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Russen notwendig, den Rahmen des Kleinen Grenzverkehrs zu verlassen und andere Initiativen an der Basis zu stärken, Initiativen von NGOs, Kultur- und Sportinitiativen. Im Jahr 2014 rückten diese Ziele leider in weite Ferne, und es ist sehr wahrscheinlich, dass, solange der russisch-ukrainische Konflikt nicht geregelt sein wird, es für die polnische und die russische Seite schwer sein wird, aus der strikt offiziellen Zusammenarbeit herauszutreten. Das Wichtigste ist hier, die Zusammenarbeit nicht komplett zu unterbrechen, damit nach der Krisenphase noch ein Feld für Kooperationen offen ist. Wenn sich auch nicht das gesamte Potential des Kleinen Grenzverkehrs ausschöpfen lässt, sollte diese Initiative doch aktuell als kleinster gemeinsamer Nenner behandelt werden, der einerseits einer vollständigen Unterbrechung der Zusammenarbeit vorbeugt und andererseits bewirkt, dass Polen und Russland nach der Phase der Krise keine verbrannte Erde vorfinden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Der Text basiert auf zwei Publikationen des Autors:

- Wenerski, Łukasz: Mały Ruch Graniczny pisany cyrylicą. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2014.
- Wenerski, Łukasz; Kaźmierkiewicz, Piotr: Krajobraz pogranicza. Perspektywy i doświadczenia funkcjonowania małego ruchu granicznego z obwodem kaliningradzkim. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013.

Über den Autor

Łukasz Wenerski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa) und dort Projektkoordinator des Europäischen Programms. Seine Forschungsgebiete sind die Ostpolitik der Europäischen Union, Russland, die Östliche Partnerschaft und die polnische Außen- und Europapolitik.

KARTE

Der Kleine Grenzverkehr zwischen ausgewählten Kreisen der Woiwodschaften Pommern und Ermland-Masuren und der Oblast Kaliningrad



Quelle: Warmińsko-Mazurski Oddział Straży Granicznej im. gen. bryg. Stefana Pastawskiego. <<http://www.wm.strazgraniczna.pl/index.php/94-wmosg-linki-graficzne/440-mrg>>

Mit freundlicher Genehmigung.

9. Dezember 2014 – 19. Januar 2015

09.12.2014	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz teilt mit, dass US-Präsident Barack Obama sie am heutigen Tag telefonisch über die Veröffentlichung des CIA-Berichts über brutalste Verhörmethoden gegenüber mutmaßlichen Terroristen informiert habe. Beide hätten den Wunsch geäußert, dass die Angelegenheit die bilateralen Beziehungen nicht verschlechtere. Zurzeit prüfe die Staatsanwaltschaft den Bericht hinsichtlich mutmaßlicher geheimer CIA-Gefängnisse in Polen in den Jahren 2002 und 2003.
10.12.2014	Staatspräsident Bronisław Komorowski würdigt die Fähigkeit zur Selbstkritik im US-amerikanischen politischen System, die in der Veröffentlichung des Berichts über brutalste Verhörmethoden des CIA zum Ausdruck komme. Dies erleichtere die ehrliche und gute Zusammenarbeit mit dem sehr guten amerikanischen Verbündeten.
11.12.2014	Auf Initiative der Abgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer im Europäischen Parlament findet im Europäischen Parlament eine öffentliche Anhörung zu den Wahlen zur kommunalen Selbstverwaltung in Polen Mitte November statt. Es seien drei Millionen abgegebene Stimmen für ungültig erklärt worden, die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) habe ein dreimal höheres Wahlergebnis verzeichnet, als in Umfragen vorausgesagt worden sei, und während der Stimmenauszählung habe ein Hackerangriff auf das Computersystem gedroht, erläutert der PiS-Abgeordnete des Sejm, Krzysztof Szczerski. Die politisch Verantwortlichen hätten Nachfragen der Opposition zur korrekten Durchführung der Wahlen und zur Überprüfung der Ergebnisse zurückgewiesen. Nach Ryszard Czarnecki (Europäisches Parlament, PiS) soll die öffentliche Anhörung die Gefahr für die polnische Demokratie international publik machen. Polen befinde sich in einem Wandel und gleiche sich russischen und belarussischen Standards an.
11.12.2014	Staatspräsident Bronisław Komorowski nimmt in Prag an einem zweitägigen Treffen der Staatspräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) sowie Sloweniens und Österreichs teil. Vor Journalisten betont Komorowski, dass Polen daran gelegen sei, die Vitalität der Visegrád-Gruppe aufrechtzuerhalten. Diese sei aktuell in keiner guten Phase, da ihre Mitglieder unterschiedlicher Ansicht über das Vorgehen der EU und der NATO im russisch-ukrainischen Konflikt seien. Ein gutes Signal sei, dass es auf Ministerebene zu einer Verständigung über die Unterstützung des Reformprozesses in der Ukraine auf verschiedenen Gebieten gekommen sei.
12.12.2014	Die Europäische Kommission bewilligt Polen 8,6 Mrd. Euro für das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums im Zeitraum 2014–2020. 4,9 Mrd. Euro steuert Polen aus eigenen Mitteln zur Finanzierung des Programms bei.
13.12.2014	In seiner Ansprache beim »Marsch für die Verteidigung der Demokratie und der Medienfreiheit« in Warschau am Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts (1981) behauptet Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dass die Wahlen zur kommunalen Selbstverwaltung im November gefälscht worden seien. Die Regierung habe eine Medienkampagne im Stil der Volksrepublik eingeleitet. Sie richte sich gegen die Berichterstattung über die Wahlfälschung und die dadurch ausgelösten Proteste.
14.12.2014	Janusz Palikot, Fraktionsvorsitzender von Deine Bewegung (Twój Ruch), gibt bekannt, dass er im kommenden Jahr für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren werde. Polen bedürfe einer aktiven Präsidentschaft, um positive Veränderungen, u. a. im Bereich der Wirtschaft, voranzubringen.
15.12.2014	In einem Radiointerview zeigt sich Staatspräsident Bronisław Komorowski zufrieden mit der Entwicklung der Demokratie in Polen. Ein Beleg für das Funktionieren der Demokratie sei, dass am Wochenende der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) organisierte Marsch zum Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts 1981 stattgefunden habe, den PiS ausgenutzt habe, um die Wahlen zur kommunalen Selbstverwaltung im November als gefälscht anzuprangern. Gefährlich sei allerdings die Tatsache, dass sich in Polen Menschen unter dem Stichwort der Wahlfälschung versammeln. Hier werde Parteipolitik auf Kosten der Glaubwürdigkeit der polnischen Demokratie betrieben.
16.12.2014	Sejmmarschall Radosław Sikorski bekräftigt, dass er sein Amt nicht aufgeben wird. Hintergrund sind entsprechende Forderungen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Zusammenhang mit der Überprüfung von Sikorskis Dienstreiseabrechnungen.

17.12.2014	Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, spricht im Rahmen seines zweitägigen offiziellen Staatsbesuchs in Polen vor den Mitgliedern des Parlaments und des Senats, der Regierung und Angehörigen des diplomatischen Korps in Polen. Er dankt für die Unterstützung der polnischen Bevölkerung und der polnischen Politik, insbesondere für den Beschluss des Sejm, die Ukraine im russisch-ukrainischen Konflikt zu unterstützen, und für das Engagement des damaligen Außenministers und jetzigen Sejmarschalls Radosław Sikorski bei den Verhandlungen mit dem damaligen ukrainischen Staatspräsidenten Viktor Janukowitsch im Februar 2014. Poroschenko bezeichnet die Annexion der Krim durch Russland als brutalen Angriff auf das Völkerrecht und zeigt sich überzeugt, dass auf der Krim einst wieder die ukrainische Fahne wehen wird. Für die Ukraine sei Polen ein Erfolgssymbol und der beste Beweis, dass die Entscheidung für Europa richtig sei. Er setze sich dafür ein, dass die Ukraine Mitglied der Europäischen Union wird.
18.12.2014	Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, besucht im Rahmen seines zweitägigen offiziellen Staatsbesuchs in Polen in Begleitung von Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak und dem Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego), General Stanisław Koziej, den Stab der im Aufbau befindlichen litauisch-ukrainisch-polnischen Brigade in Lublin. Den Vertrag über deren Aufbau hatten die Verteidigungsminister der drei Länder im September in Warschau unterzeichnet. Die Militäreinheit soll bei Operationen der UNO, der NATO und der EU eingesetzt werden. Am Vortag machte Staatspräsident Bronisław Komorowski deutlich, dass sie nicht für den Krieg in der Donbas-Region in der Ukraine eingesetzt werden solle, sondern dazu diene, der ukrainischen Armee Erfahrungen zu ermöglichen, die ihr beim Annäherungsprozess an die Armeen der NATO-Partner behilflich seien.
19.12.2014	Während einer Debatte zur Migrationspolitik in Polen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung spricht sich Staatspräsident Bronisław Komorowski für eine Regulierung der Migration aus und für Maßnahmen, um die Immigranten in die polnische Gesellschaft zu integrieren. Umgekehrt müsste auch die Aufnahmegesellschaft auf kulturelle Vielfalt vorbereitet werden. Immigration müsse als eine der Lösungen für Probleme auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden; es müsse verhindert werden, dass sie selbst zum Problem würde. Andernfalls käme es zu fremdenfeindlichen Entwicklungen, was in manchen Ländern aktuell zu beobachten sei.
22.12.2014	Staatspräsident Bronisław Komorowski unterzeichnet das Gesetz über den Ausweis für große Familien. Familien mit mindestens drei Kindern erhalten dadurch Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern, Fahrkarten etc. Bisher funktioniert der Ausweis für große Familien auf der Grundlage des Regierungsprogramms, ab dem 1. Januar 2015 hat er Gesetzesrang.
23.12.2014	Die Regierung verfügt, dass der Agentur für Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft (Agencja Restrukturyzacji i Modernizacji Rolnictwa) 36,4 Mio. Euro zur Auszahlung an die polnischen Landwirte zur Verfügung stehen, um die reduzierten EU-Direktzahlungen 2014 auszugleichen. Diese waren aus Gründen der Finanzdisziplin bei Landwirten verringert worden, die mehr als 2.000 Euro erhalten hatten. Die Europäische Kommission beschloss später, die so eingesparten Mittel wieder aus auszahlen.
26.12.2014	Der polnische Bürgerrechtler, Dichter und Übersetzer Stanisław Barańczak stirbt im Alter von 68 Jahren in Boston. Barańczak zählte in den 1970er Jahren zu den Mitbegründern der lyrischen Protestbewegung »Neue Welle« (Nowa Fala). Er war 1981 in die USA emigriert und lehrte dort an der Harvard-Universität.
29.12.2014	Aus Anlass der Verabschiedung der neuen Verfassung der Republik Polen vor 25 Jahren, die das Ende des kommunistischen Systems der Volksrepublik besiegelte, findet in Warschau vor dem Präsidentenpalast eine Feierstunde statt.
30.12.2014	Außenminister Grzegorz Schetyna und Innenministerin Teresa Piotrowska informieren in einer Pressekonferenz über den Stand der Evakuierungen von Polen im Donbas-Gebiet (Ostukraine). Zurzeit würden die Nachweise über die polnische Abstammung und die juristische Unbescholtenheit der Betroffenen überprüft, so Schetyna. Innenministerin Piotrowska teilt mit, dass bereits eine Unterkunft für maximal ein halbes Jahr bestimmt worden sei. Es würden dort Sprachkurse angeboten und die Kinder zur Schule geschickt werden. Unlängst war Kritik an der Regierung laut geworden, sie würde die Vorbereitungen für die Ausreise verzögern.
31.12.2014	In einem Radiointerview urteilt Finanzminister Mateusz Szczurek, dass Polen noch nicht für einen Beitritt zur Eurozone bereit sei. Bevor ein Termin genannt würde, müssten die Bedingungen der Stabilisierung der Eurozone erfüllt und die langfristige Vorbereitung Polens abgeschlossen sein.
02.01.2015	Der Vorstand des Amtes für Schienentransport (Urząd Transportu Kolejowego) verhängt für das Bahnunternehmen im Fernverkehr PKP Intercity eine Strafe in Höhe von rund 155.000 Zloty, wegen fehlender Information der Passagiere über Sparangebote bei Nutzung der Fahrkartenautomaten.

07.01.2015	Die Regierung verabschiedet einen Plan zur Umstrukturierung des Kohle Konzerns Kompania Węglowa. Neun der zurzeit oder langfristig rentablen Bergwerke sollen in einen neuen Konzern überführt werden, die Förderung in den vier dauerhaft unrentablen Bergwerken soll eingestellt werden. 6.000 Arbeitnehmer sollen übernommen werden und 5.200 Abfindungen erhalten. Die Kosten für die Umstrukturierung werden mit 2,3 Mrd. Zloty veranschlagt.
07.01.2015	Der Schriftsteller und Filmregisseur Tadeusz Konwicki stirbt im Alter von 88 Jahren in Warschau. Wichtige Bücher Konwickis wurden in den 1970er und 1980er Jahren im unzensierten »zweiten Umlauf« publiziert.
08.01.2015	Der Senat berät in seiner zweitägigen Sitzung u. a. über das im Dezember verabschiedete Haushaltsgesetz für 2015 und fordert Korrekturen.
09.01.2015	Józef Oleksy, Mitglied der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und ihr ehemaliger Vorsitzender, stirbt im Alter von 68 Jahren in Warschau. Oleksy war 1993–1995 Sejmmarschall und übte 1995/96 das Amt des Ministerpräsidenten aus.
11.01.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz nimmt am zentralen Trauer- und Solidaritätsmarsch in Paris für die Opfer der Terroranschläge auf das französische Satiremagazin »Charlie Hebdo« und einen koscheren Supermarkt vor wenigen Tagen teil. An der Demonstration nahmen 1,5 Mio. Menschen teil, darunter auch Staats- und Regierungschefs aus 40 Ländern. Der französische Staatspräsident François Hollande hatte dazu eingeladen. Vor dem Abflug sagt Kopacz, ihre Präsenz in Paris sei der Beweis für die Mitgliedschaft Polens in der freien Welt.
12.01.2015	Staatspräsident Bronisław Komorowski teilt mit, dass ein Thema der Sitzung des Rates für Nationale Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) der Schutz von Cyberkriminalität war. Dazu sei vorher ein Dokument ausgearbeitet worden.
13.01.2015	Der russische Staatspräsident Wladimir Putin habe keine Einladung zum 70. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz erhalten, so sein Sprecher gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax. Soldaten der Roten Armee hatten das Vernichtungslager der Nationalsozialisten am 27. Januar 1945 befreit.
14.01.2015	Der Regierungsbeauftragte für die Restrukturierung des Bergbaus, Wojciech Kowalczyk, teilt mit, dass es einen ernsthaft interessierten Investor für drei aktuell unrentable Bergwerke des Kohle Konzerns Kompania Węglowa gebe. Schatzminister Włodzimierz Karpiński unterstreicht die Möglichkeit der Frühverrentung und der Abfindung für Beschäftigte der Kompania Węglowa. Hintergrund ist die notwendige Umstrukturierung des Kohle Konzerns.
14.01.2015	Der Zeithistoriker, Politologe und Deutschlandkenner Jerzy Holzer, Mitglied der polnischen Bürgerrechtsbewegung der 1970er und 1980er Jahre, stirbt in Warschau im Alter von 84 Jahren.
15.01.2015	Der Sejm verabschiedet die Korrekturen des Senats zum öffentlichen Haushalt für 2015, darunter auch die Erhöhung des Haushalts um 25 Mio. Zloty. Diese sind für Zahlungen für ehemalige Aktivisten der antikommunistischen Opposition und politisch Verfolgte vorgesehen. Das entsprechende Gesetz soll Mitte des Jahres in Kraft treten.
16.01.2015	Der Sejm verabschiedet mit 240 Ja-Stimmen, 208 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen eine Gesetzesnovelle zur staatlichen Finanzierung der Liquidierung einiger Bergwerke des Kohle Konzerns Kompania Węglowa sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die Belegschaft. Die staatliche Dotierung wird bis zum Jahr 2027 bereitgestellt.
16.01.2015	Der in der vergangenen Woche verstorbene ehemalige Ministerpräsident, Sejmmarschall und Parteivorsitzende Józef Oleksy (Demokratische Linksallianz/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) wird auf dem militärischen Teil des Powązki Friedhofs in Warschau beigesetzt. Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und Sejmmarschall Radosław Sikorski würdigen in Ansprachen seinen respektvollen Umgang mit dem politischen Gegner und seinen Einsatz für Polen nach 1989. Staatspräsident Bronisław Komorowski zeichnet Oleksy posthum mit dem Großkreuz des Ordens der Wiedergeburt Polens (Polonia Restituta) aus.
17.01.2015	In Kattowitz (Katowice) unterzeichnen der Regierungsbeauftragte für die Umstrukturierung des Bergbaus, Wojciech Kowalczyk, und der Vorstandsvorsitzende der Gewerkschaft Solidarność der Region Śląsk-Dąbrowski, Dominik Kolorz, in Anwesenheit von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und den Ministern für den Staatsschatz und für Arbeit und Sozialpolitik, Włodzimierz Karpiński und Władysław Kosiniak-Kamysz, eine Vereinbarung über die Umstrukturierung des Kohle Konzerns Kompania Węglowa. Anfang des Monats hatte die Regierung einen Plan für Restrukturierungsmaßnahmen verabschiedet.

18.01.2015	Bei einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Individualbauern »Solidarność« (NSZZ Rolników Indywidualnych »S«) kündigt Andrzej Duda, Kandidat für die Wahl zum Staatspräsidenten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), an, sich als Staatspräsident stärker um gesellschaftliche Belange zu kümmern als der aktuelle Amtsinhaber Bronisław Komorowski. Insbesondere die Interessen der polnischen Landwirte würden von Komorowski nicht vertreten. Als Beispiele nannte er die Ausgleichszahlungen der EU aufgrund des Wirtschaftsembargos gegenüber Russland und den drohenden Ausverkauf polnischen Bodens an Ausländer.
19.01.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz fährt zu einem eintägigen Besuch nach Kiew und trifft dort den ukrainischen Ministerpräsidenten Arseni Jazeniuk und Staatspräsident Petro Poroschenko. Begleitet wird sie u. a. vom Finanzminister und den stellvertretenden Ministern für Außenpolitik, Verteidigung und Wirtschaft. Polen werde der Ukraine einen Kredit über 100 Mio. Euro für einen Zeitraum von zehn Jahren zur Verfügung stellen. Verhandelt werde außerdem über polnische Kohlelieferungen für ukrainische Kraftwerke, so die Regierungschefs auf der gemeinsamen Pressekonferenz.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen